

San Antonio Ebulá erlangt die ersten 31 Hektar des Gebietes zurück

Bericht von Team Indignacion (25.09.09)

42 Tage nach der gewalttätigen Vertreibung, die illegalerweise von dem Unternehmer Eduardo Escalante, mit Hilfe der staatlichen Polizei, durchgeführt wurde, haben die Bewohner und Bewohnerinnen von San Antonio Ebulá die ersten einunddreißig Hektar ihres Territoriums zurück erlangt.

Die Kommission, die damit beauftragt ist, den Dialog mit den Behörden zu führen, hat mit der Regierung von Campeche ein Abkommen unterzeichnet, das den DorfbewohnerInnen den unmittelbaren Besitz von 31 Hektar sowie das gesetzliche Eigentum über dieses Land, das sich in der selben Region wie das ehemalige Dorf befindet, garantiert.

Laut Aussagen der BewohnerInnen, wird darauf vertraut, dass sie das ganze Land zurückerlangen werden, da sie einige Tage zuvor darüber informiert wurden, dass das erste Bezirksgericht von Campeche ihnen den **amparo**¹ und Schutz der bundesstaatlichen Recht erteilt hat, und die Wiederaufnahme des Anerkennungsverfahrens der Ländereien zugunsten der BewohnerInnen angeordnet hat.

Bei einem Informationstreffen, am Donnerstag den 24. September am Nachmittag, feierten die BewohnerInnen, dass sie dieses Abkommen mit der Kraft des Volkes, der Solidarität von anderen Organisationen und auf friedliche Art und Weise erreicht haben, trotz der Provokationen, unter denen sie zu leiden hatten. Sie verkündeten, dass dies ein erster Gewinn ist, und dass sie den Kampf um Gerechtigkeit, um den Schadensersatz, sowie um die Wiedererlangung des gesamten Gebietes, weiterführen werden.

Die Organisation Indignación erkennt die Entscheidung an und freut sich über den Erfolg der BewohnerInnen, die trotz kritischer Bedingungen die Einforderung ihrer Rechte aufrechterhalten haben.

Trotzdem ist die Organisation besorgt in Bezug auf das unterzeichnete Abkommen, in dem die Regierung von Campeche keinen Schadensersatz garantiert, obwohl die staatliche präventiv Polizei jene in Schutz genommen hat, die die BewohnerInnen am 13. August angegriffen und vertrieben haben und trotz der schweren Menschenrechtsverletzungen, die die Ebuleños erlitten haben.

Das Abkommen beinhaltet, dass sich die BewohnerInnen in einer Situation der Verdrängung befänden, herbeigeführt durch eine Vertreibung aus ihrem Dorf, die von einer Privatperson initiiert wurde. Des weiteren verpflichtete sich die Regierung dazu, die Gemeinde mit allen notwendigen Diensten auszustatten, die für ein würdiges Leben notwendig sind. Trotzdem verharren die Aktionen der Regierung als Entwürfe auf dem Arbeitstisch mit den BewohnerInnen und es wird sich zeigen, wann diese Entwürfe in die Tat umgesetzt werden.

Weitere Besorgnis erzeugt die Gefahr, dass die schweren Verbrechen, wie der Angriff auf die Bevölkerung sowie die verheerenden Folgen, wie die Zerstörung des ganzen Dorfes, weiterhin ungestraft bleiben.

¹ Juicio de amparo: eine Art individuelle Verfassungsbeschwerde

Somit erkennen und feiern wir einerseits den Erfolg der BewohnerInnen, den sie unter solch feindlichen Bedingungen erreicht haben wie zum Beispiel der skandalösen Abwesenheit der öffentlichen Menschenrechtskommission von Campeche und einer Regierung, die sich weigert seine Pflichten zu erfüllen. Wir unterstreichen deshalb die Empfehlungen, die im Bericht der Zivilen Friedensmission dargelegt wurden, um eine gerechte Lösung in San Antonio Ebulá zu erreichen.

In Bezug auf die Erfüllung der besagten Empfehlungen von Indignación, wird die Organisation ihre Aufmerksamkeit weiterhin auf diesen Fall richten und die lokalen, nationalen und internationalen Organisationen, die den Fall ebenfalls verfolgen, informieren.

Die Zivile Friedensmission hat beschlossen, die Gemeinde San Antonio Ebulá bei ihren Forderungen auf eine Rückkehr, auf Wiedererstattung, legale Sicherheit über ihr Land, und auf Gerechtigkeit und Frieden, zu begleiten.

www.indignacion.org

Übersetzungen von Elisabeth Freudenthaler und Berit Hannappel